



Reinhard Hirche

Und wieder bleibt ein Angriff auf die AfD ungeahndet

Täter eindeutig wiedererkannt - trotzdem kommt er davon

Am 17. Mai 2019 hängte AfD-Rats Herr Reinhard Hirche zusammen mit einem Begleiter in der Empelder Straße in Hannover-Badenstedt ein AfD-Plakat zur bevorstehenden Europawahl auf. Ein arabisch aussehender Mann näherte sich und pöbelte wüst: „Ich fick die AfD! Ich fick deine Mutter! Ich fick alle deutschen Weiber!“ Er kam bis auf etwa anderthalb Meter heran, griff in die Tasche, holte eine Art Butterfly-Messer mit einer etwa 15 cm langen Klinge heraus, klappte es auf, machte einen Ausfallschritt auf Hirche zu und sagte: „Ich steche dich ab!“ Hirche wich zurück, holte ein Reizgasspray aus der Tasche, stieß beim Zurückweichen an den Mast und verdrehte sich dabei das Knie.

Der Mann entfernte sich dann und warf dabei eine halbgefüllte, große Plastiklimonadenflasche in Richtung der AfD-Leute. Hirches Begleiter rief per Handy die Polizei, die allerdings erst nach etwa einer Viertelstunde eintraf. Nach etwa fünf bis sieben Minuten kam der Mann zurück und bewarf die AfD-Leute mit Steinen. Einer traf Hirches Begleiter am Bein, einer streifte Hirches Gesicht. Diese Verletzung wurde später von der Polizei dokumentiert, auch mit Handy-Photo. Nach diesen Vorfällen kam ein Mann vom nahen Parkplatz des „Zimmermann“-

Marktes auf die beiden AfD-Leute zu, ein türkischstämmiger Handwerker. Er sagte, er habe alles beobachtet, äußerte sich empört und erklärte sich bereit, sich als Zeuge zur Verfügung zu stellen. Der Zeuge hatte die Vorfälle per Smartphone-Video dokumentiert, es wurde später auch an die Polizei weitergegeben, ebenso das Photo, das Hirches Begleiter von dem Messermann gemacht hatte. Zwei Wochen später, am 31. Mai, sah er ihn zufällig auf einem Sportplatz in Badenstedt wieder - und telefonierte die Polizei herbei. Die kam auch zügig und nahm dessen Personalien auf. Der AfD-Mann war sich absolut sicher, zumal der Mann auch noch denselben Kapuzenpullover trug wie zwei Wochen zuvor und denselben auffälligen, charakteristischen Gang zeigte. Damit war der Fall gelöst, und die Gerechtigkeit konnte ihren Lauf nehmen, sollte man meinen. Dem war aber nicht so.

Denn die polizeilichen Ermittlungen verliefen, sagen wir mal: unglücklich. Die AfD-Leute hatten den Messermann als ausgeprägt vollbartig beschrieben. Von den Bildern, die ihnen zur Identifizierung des Täters vorgelegt wurden, zeigte jedoch kein einziges einen Mann mit Vollbart. Nicht nur das - der Täter war überhaupt nicht dabei, nach dem suchte die Polizei mit diesen Bildern auch gar nicht. Das Videomaterial des Täters war nämlich ins interne Polizeisystem eingestellt worden, und ein Polizeibeamter meinte, darauf einen Herrn X. zu erkennen. Und den sollten die AfD-Leute nun identifizieren. Logisch, dass diese Lichtbildvorlage zu keinem Ergebnis führte, denn dieser Herr X. war gar nicht der Täter, und ein Bild des Mannes, den der AfD-Zeuge auf

dem Sportplatz wiedererkannt hatte, war gar nicht dabei. So kam die Polizei letztlich zu dem Schluss, dass ein Tatverdacht gegen diesen nicht bestehe. Sie stützt sich dabei im Wesentlichen auf die Durchsuchung seiner Wohnung, die - abgesehen von dem Kapuzenpullover - keine weiteren Kleidungsstücke zutage gefördert habe, die der Täterbekleidung entsprochen hätten, wie sie seinerzeit von den AfD-Leuten beschrieben wurde. Auch das vorliegende Bildmaterial vom Täter ist nach Auffassung der Polizei nicht aussagekräftig genug, um den Mann mit letzter Sicherheit zu identifizieren, da erhebliche Teile des Gesichts von der Kapuze seines Pullovers verdeckt werden.

Möglicherweise hätte der Fall eine andere Wendung nehmen können, wenn es keine Versäumnisse bei der Beweissicherung gegeben hätte: Die beim Angriff geworfene Flasche wurde nicht sichergestellt, um sie auf eventuelle Fingerabdrücke des Täters zu untersuchen - obwohl die AfD-Leute die Beamten ausdrücklich darauf hingewiesen hatten, dass die Flasche ein Beweismittel sein könnte. Leider versäumten sie es in der Aufregung, ihrerseits die Flasche sicherzustellen. - Und wieder bleibt ein Angriff auf die AfD ungeahndet.



Fahndungsfoto

Impressum:

AfD-Fraktion im Rat der LHH, Herrenstr. 7 30159 Hannover
 info@afd-fraktion-hannover.de
 www.afd-fraktion-hannover.de
 Telefon: 0511-168 31845

Mitteilungsblatt

AfD-Fraktion im Rat der LHH • Herrenstr. 7 • 30159 Hannover

Juli/2020



STADTRATSFRAKTION HANNOVER



Markus Karger

Reinhard Hirche

Sören Hauptstein

Frank Jacobs

Hans-Heinrich Prieß

AfD-Antrag: Oberbürgermeister Onay soll sich mäßigen!

Die AfD-Fraktion im hannoverschen Stadtrat missbilligt scharf die Wortwahl von Oberbürgermeister Belit Onay bei einer Kundgebung auf dem Opernplatz am 8. Mai 2020. Onay hatte im Zusammenhang mit der AfD und gegen sie gerichtet Begriffe wie „ekelhaft“ und „perfide“ verwendet und die Partei des „Rassismus“ bezichtigt.

Die AfD-Fraktion forderte den Stadtrat deshalb auf, an den Oberbürgermeister zu appellieren, sich bei öffentlichen Auftritten künftig zu mäßigen und hat einen entsprechenden Antrag in die Ratsversammlung im Mai eingebracht.

„Der Rat sollte umgehend, hier und jetzt, ein Zeichen gegen derart rüpelhaftes Verhalten setzen“, begründete Fraktionschef Hauptstein die Dringlichkeit des entsprechenden AfD-Antrages.

„Diese diffamierende und aggressive Wortwahl steht in krassem Gegensatz zu Onays Ankündigung bei seiner Amtseinführung im November 2019, er wolle ein Oberbürgermeister für alle Menschen in Hannover sein und sein Amt dazu nutzen, um ideologische Brücken zu bauen und die Stadt wieder zusammenzuführen“, heißt es in dem AfD-Antrag.

Onays Entgleisungen seien auch nicht damit zu rechtfertigen, dass er

als Privatmann und nicht als Oberbürgermeister gesprochen habe; selbstverständlich seien beide Rollen nicht voneinander zu trennen.

Der Kundgebungsredner Onay sei denn auch durchweg als „Oberbürgermeister Belit Onay“ angekündigt und auch als solcher verstanden worden.

„Für uns hat sich damit gezeigt, dass Herr Onay noch nicht in seinem Amt angekommen ist“, sagt AfD-Fraktionschef Sören Hauptstein, „er sollte künftig auf derart wüste Pöbeleien verzichten und sich stets der Verantwortung und der Würde seines Amtes bewusst sein.“

Nicht nur fordern, sondern auch sparen – Haushaltssperre für Hannover



Sören Hauptstein

Da der Stadt durch die Corona-Pandemie massiv Einnahmen wegbrechen, vor allem bei der Gewerbesteuer, sollen die Ausgaben aller Geschäftsbereiche, Ämter und städtischen Eigenbetriebe auf das Notwendigste beschränkt werden, Ausgaben nur noch dann getätigt werden, wenn es dafür gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen gibt, forderte die AfD in einem Dringlichkeitsantrag im März. Das soll jedoch ausdrücklich nicht für Ausgaben im direkten Zusammenhang mit der Coronakrise gelten.

Dass dieser Antrag dringlich sei, wurde mit großer Ratsmehrheit verneint. Deshalb stand er - die Mühlen des Rates mahlen langsam - erst im Mai als „normaler“ Antrag auf der Tagesordnung. Seitdem ist einiges passiert. Die Stadt hat ihren Rahmen für kurzfristige Kredite in nie gekanntem Ausmaß erweitert. Immerhin: Was die Ausgabenseite betrifft, sollen die Pläne zur Umgestal-

tung des Steintors vorerst auf Eis gelegt werden. Von einer radikalen Durchforstung des Haushalts, wie von der AfD ebenfalls in ihrem Antrag gefordert, kann indes keine Rede sein.

„Viele Gewerbetreibende und Selbstständige sind in diesen Wochen in ihrer Existenz bedroht, ebenso Arbeitnehmer in der freien Wirtschaft. Diesen Menschen, die mit ihren Steuern den ganzen Laden am Laufen halten, ist es nicht zu vermitteln, dass im öffentlich finanzierten ideologischen Überbau alles weiterläuft wie bisher; dass die Stadt keinerlei Anstalten macht, auch ihrerseits und auf lange Sicht den Gürtel enger zu schnallen“, hatte AfD-Fraktionschef Sören Hauptstein erklärt.

Davon ist, wie gesagt, nichts zu sehen, und auch künftig ist derlei kaum zu erwarten. Der Antrag wurde mit der üblichen Riesenmehrheit abgelehnt.

Die AfD wolle Projekte zusammenstreichen, die ihr sowieso suspekt seien, meinte SPD-Finanzpolitiker Dr. Jens Menge. Damit hatte er nicht ganz unrecht. Tatsächlich würde die AfD, wenn sie könnte, wie sie wollte, vor allem beim Gender-Blödsinn, „Klimaschutz“-Wahn und sonstigem ideologischen Unfug ansetzen.

Massenschlägerei zwischen Clans – Ist das die Zukunft von Hannover?



Reinhard Hirche

Immer wieder gibt es Ärger mit „Großfamilien“. Rücksichtslos tragen sie ihre Streitigkeiten im öffentlichen Raum aus, legen mit „Hochzeitskorsos“ den Straßenverkehr lahm oder okkupieren ganze Straßenkreuzungen wie die jüngsten Ereignisse in Badensiedt gezeigt haben. Hier kam es am 3. Juni zu einer Massenschlägerei zwischen

verfeindeten Familienclans, bei der rund 50 Männer und Frauen auf einer Kreuzung aufeinander einprügelten. Zeugen berichteten von Knüppeln, Flaschen und langen Holzstöcken, die unter anderem bei der Schlägerei eingesetzt wurden. „Wer bei uns in Deutschland lebt, hat unsere Gesetze, Regeln und

Gebräuche zu respektieren“, sagt dazu AfD-Ratsherr Reinhard Hirche. „Wer dazu nicht bereit ist, sollte besser in sein Heimatland zurückkehren, notfalls auch ausgewiesen werden.“ Hirche verlangt eine konsequente strafrechtliche Aufarbeitung der Badensiedter Vorfälle.

In einem Antrag fordert der AfD-Vertreter im Stadtbezirk Ahlem-Badensiedt-Davenstedt die Verwaltung nun dazu auf, zu prüfen, ob den aus dem osteuropäischen Raum stammenden beteiligten Personen ihr EU-Freizügigkeitsrecht aberkannt werden kann, um eine schnellstmögliche Ausweisung sicherzustellen. Die Bevölkerung müsse besser vor solchen erschreckenden Zumutungen geschützt werden. So etwas dürfe sich nicht wiederholen: „So soll Hannovers Zukunft nicht aussehen!“, sagt Hirche.

AfD beantragt: Sondernutzung für „Little Homes“



Markus Karger

nisse ausnahmsweise erteilt werden können. Die Verwaltung wurde daher mit einem entsprechenden Antrag aufgefordert, in Zukunft von diesen Ausnahmeregelungen Gebrauch zu machen, um die Errichtung von „Little Homes“ im Stadtgebiet an

Die AfD-Stadtratsfraktion setzt sich weiterhin für das Wohl von Obdachlosen in der Stadt Hannover ein. So wurde in einem Antrag in der Ratsversammlung im Mai das Projekt „Little Homes“ thematisiert. Die Verwaltung beruft sich in ihrer Verwaltungspraxis bisher darauf, dass das Errichten dieser „Little Homes“ u.a. laut der Verordnung über die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie der Sondernutzungssatzung. Beide kommunalen Regelwerke lassen jedoch bereits jetzt zu, dass in besonderen Einzelfällen Sondernutzungserlaub-

hierfür geeigneten Stellen zu ermöglichen.

Dazu sagt Ratsherr Markus Karger: „Man sieht an Beispielen wie Berlin und Hamburg, dass es selbst in Millionenstädten möglich ist, durch eine Sondernutzung die `Little Homes` zu errichten. so Karger. Den guten Beispielen möchte man nun in Hannover folgen, ergänzte er. Dieser AfD-Antrag wurde, was nicht so häufig vorkommt, überwiegend recht sachlich debattiert, am Ende wurde aber auch er mit großer Mehrheit abgelehnt. Schade, einen Versuch wäre es wert gewesen.

Keine neuen Parkplätze in der List – aber dafür „Nähen mit geflüchteten Frauen“



Jörn König

Insgesamt fünf Anträge für mehr Parkraum im Stadtbezirk Vahrenwald-List brachte Bezirksratsherr und Bundestagsabgeordneter Jörn König in die Sitzung im Mai ein. „Der Stadtteil leidet unter einem massiven Mangel an Parkraum, deshalb gilt es unseren Stadtbezirk attraktiver zu machen.

Für viele Bürger ist das Auto existenznotwendig, um zur Arbeit zu fahren und somit auch Steuern zu zahlen,“ so König. Auch durch die Corona-Krise ist der buchstäblich lebensrettende Wert des Individualverkehrs deutlich geworden.

Dies sahen die Altparteien bestehend aus Rot-Grün-CDU-FDP allerdings anders und lehnten alle fünf Anträge der AfD-Fraktion ab. „Für den Nettosteuerzahler scheint nie Geld da zu sein, für das Projekt `Nähen mit geflüchteten Frauen` wurde dagegen eine ordentliche Geldzuwendung beschlossen“, sagt der Bezirksratsherr.